

(Die Behebung des Banknotenmangels.) Sowohl in Budapest wie in Wien macht sich der Banknotenmangel von Tag zu Tag fühlbarer. Infolge starker Abhebungen bei den Geldinstituten, die nur zum Teil zur Deckung wirklichen Bedarfes, in vielen Fällen jedoch zu Thesaurierungszwedens erfolgen, treten die Banken und Sparkassen mit größeren Ansforderungen als sonst an die Österreichisch-Ungarische Bank heran. Diese aber verfügt infolge der Notennot und insbesondere des Mangels an großen Noten nicht über die entsprechenden Varmittel, um alle Ansprüche befriedigen zu können, so daß sich immer größere Schwierigkeiten in diesem Belange ergeben. Über die Mittel, die angewendet werden, um diesen Nebelstand zu lindern, hat sich der Generalsekretär der Österreichisch-Ungarischen Bank Friedrich v. Schmidt wie folgt geäußert: Die Bank hat bereits alle Vorbereitungen getroffen, um die Notenerzeugung beträchtlich zu heben. Gegenwärtig werden 78 Millionen Kronen im Tag

hergestellt; binnen wenigen Wochen wird die Bank in der Lage sein, die Erzeugung auf das Doppelte zu steigern. Schon in den nächsten Tagen wird eine neue Type von Zwanzig-Kronen-Noten in den Verkehr gesetzt werden, die sich in der äußeren Form von der jetzigen sehr wenig unterscheidet, deren Erzeugung aber wesentlich rascher vor sich gehen wird als die der gegenwärtigen. In Vorbereitung ist ferner die Ausgabe von Fünf-Kronen-Noten, wodurch der Umlauf von Zwei- und Ein-Kronen-Noten eingedämmt werden soll. Weiter ist eine Note zu 10.000 Kronen in Vorbereitung, die in etwa acht Wochen herauskommen soll. Außerdem wird die Erzeugung aller anderen Notenkategorien, wie bereits erwähnt, wesentlich vermehrt werden. Zur weiteren Erleichterung der gegenwärtigen Verhältnisse werden die Darlehensscheine der Darlehenskasse, die auf k 250 und k 500 lauten, in Verkehr gebracht werden. Nach dem letzten Ausweis der Darlehensklassen sind gegenwärtig etwa 100 Millionen Darlehensklassenscheine bei der Österreichisch-Ungarischen Bank hinterlegt. Schließlich ist heute von der Bank die Ausgabe von unverzinslichen, bei Vorweis zahlbaren Kassenscheinen der Österreichisch-Ungarischen Bank verfügt worden. Der niedrigste Abschnitt solcher Kassenscheine wird auf k 1000 lauten. Durch die letztere Maßnahme wird dem großen Bedarf an Tausend-Kronen-Noten um so leichter entsprochen werden können, als die Bank über bedeutende Mengen von Kassenscheinformularen verfügt. Gerade nach solchen hohen Noten war in der letzten Zeit die Nachfrage ungewöhnlich groß, so daß 700 Millionen Kronen, die in Tausend-Kronen-Noten bei der Deutschen Reichsbank hinterlegt waren und vor kurzem wieder in die Monarchie zurückgebracht wurden, in wenigen Tagen vergriffen waren, ohne recht in den Verkehr gelangt zu sein. Wie die Zeit meldet, plant das österreichische Finanzministerium überdies nach deutschem Muster die in den nächsten Monaten fälligen Binscheine der Kriegsanleihe als Zahlungsmittel zu erklären. Weiter ist eine Verordnung in Vorbereitung, durch die agnozierte Scheide der Österreichisch-Ungarischen Bank zur Einführung gelangen werden. Die Bank wird demnach Scheide, die ihr präsentiert werden, anerkennen, und diese anerkannten Scheide werden sodann zirkulieren und jederzeit gegen Noten einlösbar sein. Durch alle diese geplanten Maßnahmen hofft man in kürzester Zeit des Notenmangels, der hauptsächlich durch die absolut unbegründete Thesaurierungsnot hervorgerufen ist, Herr zu werden. — Aus Wien wird uns telegraphiert: Die Stadt Wien ist an die Österreichisch-Ungarische Bank mit der Bitte herangetreten, ihr für die Auszahlung der Unterhaltsbeiträge, welche sie für die Regierung besorgt, die nötigen Geldmittel zur Verfügung zu stellen. Die Auszahlung bedingt täglich einen Geldauflauf von 700.000 Kronen. Der Vizegouverneur Geheimer Rat v. Gruber konnte der Stadt Wien wegen Mangels an Banknoten die Geldmittel nicht zur Verfügung stellen. Er gab ihr den Rat, wie dies in Deutschland der Fall ist, städtisches Geld auszugeben. Dieses städtische Geld soll für die Zahlungen der Gemeinde dienen und die Stadt soll sich verpflichten, diese auszugebenden Noten bis zum Januar, wo sie die nötigen Geldmittel von der Bank zugewiesen erhalten würde, wieder einzulösen. Das Stadtgeld soll auf kleinere Appoints lauten, nämlich auf Beträge von k 100, 20, 10, 2 und 1. Das Geld würde in einer privaten Druckerei hergestellt werden und sollte so rasch als möglich in den Verkehr gebracht werden. Der Vizegouverneur verwies darauf, daß die Österreichisch-Ungarische Bank derzeit täglich über 70 Millionen Kronen an Banknoten erzeuge, um sie in den Verkehr zu bringen, sie sei aber nicht in der Lage, die geforderten Noten der Stadt zur Verfügung zu stellen, weil die Banken sehr großen Geldbedarf haben und die auszugebenden Noten sofort in Anspruch nehmen. Das Publikum nehme größere Beträge von Einlagen zurück und da überdies der Ultimo größere Geldbeträge erforderlich werden, können nur die allerdringendsten Ansprüche der Banken befriedigt werden. Nötigenfalls würden sogar die großen Fabriksbetriebe für die Lohnzahlungen eigenes Fabrikgeld ausgeben müssen.